



## KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom  
Kantonsratspräsident

31. Oktober 2022  
Born Rolf

### **A 817 Anfrage Setz Isenegger Melanie und Mit. über die Überprüfung der Qualität in den schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen / Bildungs- und Kulturdepartement**

Melanie Setz Isenegger ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Melanie Setz Isenegger: Es ist erfreulich, dass die Schulleitungen ein wenig mehr Ressourcen erhalten für die Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben, wozu auch die Tagesstrukturen gehören. Es scheint auch, dass die Thematik der familienexternen Betreuung ein gewisses Stigma ablegen konnte. Weiterhin gibt es aus unserer Sicht noch ein ziemliches Durcheinander bei der Qualität, den Kontrollen und der Aufsicht über die Tagesstrukturen. Ein Beispiel zum Thema Qualität möchte ich Ihnen aus der Vorlage eines pädagogischen Konzeptes für schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen in den Gemeinden zitieren, wo es um die Anforderungen der Mitarbeitenden geht: «In den Tagesstrukturen arbeiten motivierte Betreuungspersonen, die den Umgang mit Kindern lieben.» Wenn es so einfach wäre, einen manchmal recht wilden Haufen Kinder mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Hintergründen zu betreuen und zu fördern. Sie sehen, es gibt noch Luft nach oben. Es ist so, technisch gesehen sind Tagesstrukturen für schulpflichtige Kinder nicht die Aufgabe der Gemeinden. Da es gemäss Antwort des Regierungsrates weder vorgegebene pädagogische Konzepte noch vorbildliche Qualitätskriterien mit Mindeststandards gibt, sind die Tagesstrukturen im Kanton Luzern dann auch sehr heterogen unterwegs. Es ist auch bekannt, dass das Angebot der Verpflegung und der Einrichtung je nach Ort unterschiedlich ist wie auch die Kosten für die Betreuung der Kinder. So kosten an gewissen Orten Mittagessen für zwei Kinder die Eltern so viel wie ein Restaurantbesuch für die ganze Familie. Es ist deshalb nicht verwunderlich, kommen Tagesstrukturen teilweise nicht zum Fliegen, und Familien suchen eigene, private Lösungen nicht nur während des Jahres, sondern insbesondere während der Schulferien. Immerhin gibt es bereits in einigen Gemeinden auch Angebote während der Ferien, aber es zeigt sich, je nach Wohnort ist das Betreuungsangebot sehr unterschiedlich, was sich auch auf die Chancengerechtigkeit auswirkt. Aus Sicht der SP ist es nach wie vor schade, dass der Kanton nicht mehr Einfluss nehmen kann auf das Angebot, die Qualität und die Finanzierung der Tagesstrukturen. Wir erhoffen uns aufgrund verschiedener Inputs, zum Beispiel auch aus dem an der letzten Session diskutierten Wirkungsbericht Existenzsicherung oder dem Planungsbericht über die Entwicklung der Volksschule, neue Ideen und Möglichkeiten, um einerseits das Angebot in den nächsten Jahren auszubauen und andererseits flächendeckend eine hohe Betreuungsqualität zu sichern. Die Antwort und unterschiedliche laufende Berichte und Botschaften zeigen, die Vorteile familienexterner Kinderbetreuung sind bekannt. Es ist aber jetzt nötig vorwärtszumachen, insbesondere um den Graben zwischen vorschulischer und schulischer Betreuung bald zuzuschütten und den

Eltern in allen Teilen des Kantons erschwingliche, qualitativ hochstehende und flexible Betreuungsmöglichkeiten anzubieten.

Tobias Käch: Wir danken der Regierung für die ausführliche Beantwortung der gestellten Fragen. Auch wir nehmen zur Kenntnis, dass die Schulleitung verantwortlich ist für die Qualität der Tagesstrukturen und dass dies alle sechs Jahre extern evaluiert wird und aufgrund dieser Evaluation Empfehlungen abgegeben werden, wie man dies weiter verbessern sollte. Ebenfalls nehmen wir zur Kenntnis, dass es pädagogische Konzepte und Richtlinien gibt, die laufend realisiert und angepasst werden. Auch wir haben bemerkt, dass das wertvolle familienergänzende und schulergänzende Instrument funktioniert, harmonisiert und während der Ferien deutliche Lücken vorhanden sind. Hier ist es aus meiner Sicht ein wenig wie mit der externen Kinderbetreuung. Solange die Kinder gesund sind, funktioniert das wunderbar und beide Elternteile können gleichberechtigt extern arbeiten. Aber wehe, wenn ein Kind krank wird, dann ist es damit vorbei. Aus unserer Sicht gibt es also durchaus noch Potenzial, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Bernhard Steiner: Die Anfrage zielt darauf ab, dass künftig die Qualität der schul- und familienergänzenden Strukturen in den Gemeinden vereinheitlicht werden soll. Es wird also klar erwartet, dass die Schulen einheitliche Normen erfüllen und damit bestätigen, dass sie den noch zu definierenden Qualitätsansprüchen genügen. Die Frage ist, wie man die Qualität definiert und ob es in einer kleinen Landgemeinde wirklich die gleichen Strukturen braucht wie beispielsweise in der Stadt Luzern. Die SVP wird allfällige zukünftige Absichten, die schul- und familienergänzenden Strukturen weiter auszubauen, nicht unterstützen.

Hannes Koch: Die Grünen und Jungen Grünen danken der Regierung für die Beantwortung der Fragen. Wir können diese zu einem grossen Teil nachvollziehen und unterstützen. Die Antworten zeigen aber auch, dass der Kanton wieder einmal mehr kein Engagement zeigt, eine Rechtsgleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger von Luzern zu schaffen. Es ist wichtig, dass wir in allen Gemeinden das gleiche Angebot haben. Das sind die gleichen Bürgerinnen und Bürger, es sind die gleichen Kinder, es sind die gleichen Ansprüche. Als Beispiel erwähnen wir dazu, dass keine spezifischen Qualitätskriterien mit definierten Mindeststandards für schul- und familienergänzende Tagesstrukturen bestehen. Die Praxis zeigt aber, dass das absolut sinnvoll und für die Attraktivität des Kantons von Vorteil und in Bezug auf die Massnahmen aus dem Gleichstellungsbericht notwendig wäre. Die Betreuung ist ausschliesslich während der Schulzeit gewährleistet. Auch hier gibt es kommunale Ungleichheiten. Auch hier müssen wir einen Verweis auf den Gleichstellungsbericht machen, der Armutsbetroffene und Alleinerziehende betrifft, vor allem Frauen. Die Grünen und Jungen Grünen setzen sich weiter für eine moderne Schule ein, damit alle Familien im ganzen Kanton die gleichen Angebote bekommen.

Rosy Schmid-Ambauen: Melanie Setz Isenegger stellt viele Fragen zur Überprüfung der Qualität in den Tagesstrukturen. Die Regierung legt dar, dass vor allem die Gemeinden für die schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen zuständig sind. Der Kanton leistet Hilfestellungen und hat dazu auch ein pädagogisches Konzept. Bezüglich Qualitätsmanagement sind die Angebote in das Qualitätsmanagement der Schule eingebettet. Aufgrund verschiedener Vorstösse ist ein Gesetz für Kitas in Ausarbeitung, das für den ganzen Kanton gilt, sowie ein Konzept für die langfristige Erhaltung der familienergänzenden Betreuungsstrukturen. Bei der Antwort zur letzten Frage weist die Regierung darauf hin, dass sie auch den Ausbau zur Betreuung während der Schulferien prüft. Das heisst für uns, dass sie offen ist für eine Weiterentwicklung. Das Fazit für uns ist, dass trotz der tollen Angebote des Staates die Erziehung, die Überwachung der Entwicklung und die Verantwortung für die Erziehung der Kinder eine Aufgabe der Eltern respektive der Erziehungsberechtigten ist. Ein weiteres Fazit ist, dass der Kanton Luzern in unseren Augen über alles sehr gut aufgestellt und eine stetige, bedarfsgerechte Weiterentwicklung offen ist. Es wurde gesagt, dass das Angebot nicht überall gleich ist, aber das ist der Bedarf auch nicht. Daher ist es in unseren Augen richtig, dass die Gemeinden bedarfsgerecht Angebote anbieten können. Die FDP unterstützt ein bedarfsgerechtes, hochstehendes Betreuungsangebot. Dabei muss die Aufgabe der Erziehung und Verantwortung, wie ich es

schon gesagt habe, bei den Erziehungsberechtigten bleiben. Ich muss hier noch eine persönliche Anmerkung machen: Als ich all die Anforderungen an die Qualität gelesen haben, welche der Staat leisten soll, habe ich gedacht, wie glücklich wir sein könnten, wenn jedes Kind zu Hause die gleiche Qualität erleben würde.

Claudia Huser: Mein Votum richtet sich an Bernhard Steiner und die SVP-Fraktion. Heute geht es nur um eine Anfrage, aber Sie haben jetzt schon gesagt, dass Sie jeglichen Ausbau der Kinderbetreuung ablehnen werden. Ich bitte Sie, hier noch etwas zurückhaltend zu sein und abzuwarten, was der Bericht der Regierung ergibt. Kinderbetreuung machen wir schon lange nicht mehr nur aus rein sozialpädagogischen Gründen. Das tun wir, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Alle Eltern, die arbeiten können und wollen, sollen in einem möglichst hohen Pensum arbeiten. Das ist der SVP auch sehr wichtig. Ein Ausbau bedeutet zuerst einmal eine Investition, aber nachher kommt das Geld erwiesenermassen zurück mit höheren Steuereinnahmen, was total den Wünschen der SVP entspricht. Ich bitte Sie abzuwarten. Eine grundlegende Haltung gegen den Ausbau der Kinderbetreuung widerspricht Ihrer liberalwirtschaftlichen Haltung.

Melanie Setz Isenegger: Danke für die Voten. Ich möchte noch auf das Votum von Rosy Schmid-Ambauen eingehen. Es geht uns genau darum. Es gibt auch Kinder aus schwierigen Familienverhältnissen. Wir finden es essenziell für die Chancengerechtigkeit aller Kinder, dass sie Strukturen haben, in denen sie gefördert werden. Zur SVP: Sie haben eine sehr biegsame Definition von Service public. Wenn es um Polizeiposten in kleinen, abgelegenen Gemeinden geht, sind Sie sehr dafür. Aber wenn es um Tagesstrukturen und familienexterne Betreuung geht, geht der Service public in Ihren Augen zu weit.

Bernhard Steiner: Es ist doch so, dass man in dieser Anfrage Qualitätskriterien ansprechen wollte, welche für alle Gemeinden verbindlich sein sollen. Es kann doch nicht sein, dass eine ländliche Gemeinde aus dem Entlebuch, wo kein Kind für den Mittagstisch angemeldet wird, das Angebot aufrechterhalten muss, obwohl niemand kommt. Dies ist doch ein Ausbau einer Struktur, die es bei uns im Entlebuch gar nicht braucht. Anders ist es, wenn das Bedürfnis der Bevölkerung tatsächlich bestände. Dass man dann die Qualitätsanforderungen als Massstab nimmt, ist klar.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Wir haben Ihnen eine ausführliche schriftliche Antwort gegeben, ich wiederhole diese nicht. Ich knüpfe aber gleich an das Votum von Hannes Koch an, der Kanton tue wieder einmal nichts. Das ist einfach wieder eine Unterstellung. Es gibt eine Kompetenzordnung, diese steht in einem Gesetz. Dieses wurde übrigens von Ihnen mit verabschiedet. Wir halten uns an die Kompetenzordnung, und der Ball liegt gemäss Gesetz bei den Gemeinden und bei den Schulleitungen, welche dafür die Verantwortung tragen. Wir unterstützen, wie wir das in der Dienststelle Volksschulbildung bei zahlreichen Themen machen. Das hat auch seine Berechtigung. Es geht um eine gewisse Einheitlichkeit und um Weitergabe von Know-how. Trotzdem lassen Sie doch gewisse Unterschiede bei den Gemeinden zu. Man muss doch nicht alles über denselben Leisten schlagen. Das ist nicht notwendig. Lassen Sie hier doch eine gewisse Differenz zu. Der Bedarf ist anders, also kann auch das Angebot etwas anders sein. Nehmen Sie bitte die Verantwortung für die Kinder nicht von den Eltern weg. Wir unterstützen es, dass es ein Angebot geben soll, aber es kann nicht sein, dass die Eltern nicht mehr in der Verantwortung stehen.